

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/07/2024

**über die öffentliche Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 23.09.2024,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung 19:30 Uhr
Ende der Sitzung 20:43 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Benjamin Stukenberg

Stadtverordnete/r

Frau Marie-Luise Bernhardt
Herr Burkhardt Bertram
Herr Dr. Bernd Buchholz
Frau Elke Dullweber
Frau Ursula Ebert
Herr Peter Egan
Herr Uwe Gaumann
Herr Stefan Gertz
Herr Felix Gläveke
Frau Inga Jensen-Buchholz
Frau Michaela Knaack
Herr Dr. Wulf-Dietrich Köpke
Herr Arthur Klaus Korte
Frau Ulrike Kraus
Herr Markus Kubczigk
Herr Stephan Lamprecht
Herr Detlef Levenhagen
Frau Nadine Levenhagen
Frau Susanne Lohmann
Herr Béla Randschau
Herr Wolfgang Schäfer
Frau Karen Schmick
Herr Tim Schoon
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Wolfdietrich Siller
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Lasse Thieme
Frau Sophie von Hülsen

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Jule Niehus
Frau Emma Bley

Kinder- und Jugendbeirat
Kinder- und Jugendbeirat

Verwaltung

Herr Eckart Boege
Herr Marcel Grindel
Frau Tanja Eicher
Herr Peter Kania
Frau Peggy Ehrig
Frau Jona Jöhrendt

Bürgermeister
FBL I
FBL III
FBL IV
Protokollführerin
Referendarin

Teilnehmer

Herr Karsten Barth

Veranstaltungstechnik

Entschuldigt fehlt/fehlen

Herr Thomas Bellizzi
Herr Marten Koop

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/05/2024 vom 24.06.2024
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/06/2024 vom 15.07.2024
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Finanzbericht
8. Verabschiedung eines Stadtverordneten
9. Nachrücken einer Stadtverordneten **2024/072**
10. Antrag auf Umbesetzungen von Ausschüssen der Fraktion **AN/036/2024**
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
11. Sondervermögen der Stadt Ahrensburg für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, Ortswehr Ahrensfelde Einnahme-Ausgabeplan für 2025/2026 **2024/064**
12. Niederdeutsche Bühne Ahrensburg - Zuwendung zum 90. Jubiläum in 2025 **2024/053**
13. 5. Änderung der Stadtverordnung über Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Ahrensburg (Parkgebührenverordnung) **2024/060**
14. EU-Umgebungslärmrichtlinie 4. Stufe - Beschluss der Lärmaktionsplanung **2024/058**
15. Finanzierung der Kindertageseinrichtungen ab 01.01.2025 **2024/056**
16. Aufhebung der Satzung zur Erhebung von Wochenmarktgebühren (Standgelder) in der Stadt Ahrensburg **2024/059**

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 17. | Organisationsangelegenheiten – Anpassung der Aufbauorganisation der Stadtverwaltung | 2024/071 |
| 18. | Beschluss über die Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Stadt Ahrensburg (Erschließungsbeitragssatzung) | 2024/051 |
| 19. | Widmung von öffentlichen Flächen und Erlass einer 11. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung | 2024/061 |
| 20. | Unterbringung von wohnungslosen Personen
Verlängerung des Mietvertrages Am Weinberg 6 ab 01.07.2025 | 2024/066 |
| 21. | Unterbringung von geflüchteten Menschen
Erweiterung der Unterkunft Kornkamp 17 a - e | 2024/067 |
| 22. | Bericht über geleistete über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 1. Halbjahr 2024 gem. § 82 GO | 2024/068 |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Stukenberg begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Er weist darauf hin, dass es in der Hauptsatzung der Stadt Ahrensburg keine Regelungen zu Lichtbild- und Tonaufnahmen gibt und demnach keine Aufnahmen ohne Einverständnis aller Stadtverordneten erlaubt sind.

Er schlägt vor, dass sich die Stadtverordneten für die heutigen Verabschiedungen im Rahmen des Tagesordnungspunktes 8 „Verabschiedung eines Stadtverordneten“ mit Bildaufnahmen einverstanden erklären. Es ergeben sich keine Widersprüche.

Er gratuliert den Jubilaren.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Stukenberg stellt die Beschlussfähigkeit mit 29 Stadtverordneten fest. Zwei Stadtverordnete fehlen entschuldigt.

3. Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Stukenberg eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Frau Ilona Kaack führt aus, dass sie seit fast 30 Jahren in Ahrensburg wohnt und fragt, wie gut Ahrensburg auf die Klimaextreme (z.B. Hochwasser oder Hitze) eingerichtet ist.

Sie fragt weiterhin, ob es in Ahrensburg Maßnahmen gibt, die die Einwohner/innen dazu animieren zu entsiegeln. Sie bezieht ihre Frage darauf, dass man in Ahrensburg in den letzten Jahrzehnten viele freie Flächen wie z.B. den Lindenhof, Erlenhof oder die Reitbahn versiegelt habe.

Zu dem Thema bezogen führt sie weiter aus, dass es z.B. in Hamburg eine Hochwasserrisikokarte gibt, auf welcher die Einwohner/innen sehen können, wie stark ein Gebiet gefährdet ist. Sie möchte wissen, ob es sowas auch für die Ahrensburger Wohngebiete gibt.

Bezugnehmend auf das Klimaextrem "Hitze" fragt sie, ob es Trinkwasserspender in der Ahrensburger City gibt. Falls es keine gibt, regt sie an, darüber nachzudenken.

Im Weiteren geht sie darauf ein, dass in der Hamburger Straße Bäume gefällt wurden, welche Schatten spenden konnten und sich positiv auf das Klima ausgewirkt haben. Sie fragt, ob etwas geplant ist, um diese Bäume zu ersetzen – jedoch seien diesbezüglich ihre Hoffnungen geschwunden seit dem letzten Bericht des Hamburger Abendblattes zur Situation in der Hamburger Straße.

Bürgermeister Boege geht auf den Bericht im Hamburger Abendblatt ein und bestätigt, dass dieser weitestgehend den Sachverhalt korrekt wiedergibt. Er führt aus, dass Ahrensburg über 10.000 Bäume im Stadtgebiet habe, welche nicht zum Wald gehören. In Bezug auf Schatten und Bäume sei man in Ahrensburg entsprechend gut aufgestellt.

Er führt aus, dass das Thema Hochwasser vor einiger Zeit im Werkausschuss intensiv behandelt wurde. Bürgermeister Boeges Verständnis nach sei Ahrensburg dank seiner Topologie nicht besonders gefährdet. Eine ausführlichere Antwort zu dieser Thematik werde nachgeliefert.

Das Thema der Trinkwasserspender sei immer mal wieder in der Prüfung. Dies sei nicht einfach umsetzbar und auch hierzu wird Frau Kaakschließ im Nachgang eine Antwort erhalten.

Bürgermeister Stukenberg merkt ergänzend zum Trinkwasserspender an, dass es hierbei immer große Sorgen um Vandalismusschäden gibt und man die Standorte sehr genau abwägen müsse.

Zur Thematik "Starkregen" ergänzt er, dass dieses Thema bereits im Werkausschuss geprüft wurde. Die größte Problemstelle sei der Tunnel, in dem sich das Wasser sammelt. Dieser soll aber demnächst saniert werden und er geht davon aus, dass dort entsprechend das Problem des Abfließens des Regenwassers berücksichtigt wird.

Bürgermeister Boege merkt an, dass die Fragen, die von Herrn Dzubilla für die heutige Stadtverordnetenversammlung eingereicht wurden, zum Teil schon beantwortet wurden und zum Teil noch in der Bearbeitung sind und nachgereicht werden.

Bürgermeister Boege fragt Herrn Dzubilla, ob dieser eine Verlesung der beantworteten Fragen wünscht.

Herr Dzubilla verzichtet auf eine öffentliche Verlesung.

Es werden keine weiteren Fragen und Anregungen von Einwohnern gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgermeister Stukenberg erklärt, dass es zwei Veränderungen in der Tagesordnung geben wird. Die Tagesordnungspunkte 16 und 19 werden heute nicht behandelt werden können, weil im Tagesordnungspunkt 16 "Aufhebung der Satzung zur Erhebung von Wochenmarktgebühren (Standgelder) in der Stadt Ahrensburg" ein Formfehler vorliegt. Diese Aufhebung darf nicht mit einem einfachen Antrag beschlossen werden, sondern bedarf einer Aufhebungssatzung. Eine entsprechende Aufhebungssatzung wird für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im November vorbereitet.

Tagesordnungspunkt 19 „Widmung von öffentlichen Flächen und Erlass einer 11. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung“ wird auf Wunsch der Verwaltung in der nächsten Stadtverordnetenversammlung behandelt.

Es gibt keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Die Stadtverordneten stimmen, mit obengenannten Änderungen, der mit Einladung vom 10.09.2024 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/05/2024 vom 24.06.2024

Es bestehen keine Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/05/2024 vom 24.06.2024.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion nimmt Bezug auf die „Anmerkung der Verwaltung“ zum Top 5 „Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/04/2024 vom 27.05.2024“. Er erläutert, dass er seinerzeit auf der Sitzung einen Teil des Protokolls moniert habe, weil dieses mitten im Satz aufhörte und dort offensichtlich etwas fehlte. Er konnte im Nachgang der Sitzung herausfinden woran dies lag. Er führt aus, dass es das richtige Protokoll gab und zusätzlich ein offenbar fehlerhaft eingestelltes, vorläufiges Protokoll – je nachdem auf welchem Wege man auf das Protokoll zugreift.

In Mandatos unter Protokolle habe man ein fehlerhaftes Protokoll (Textteile fehlten) erhalten, während man über die Sitzung das vollständige Protokoll

einsehen konnte.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/06/2024 vom 15.07.2024

Es bestehen keine Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/06/2024 vom 15.07.2024.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

Bürgermeister Boege weist darauf hin, dass am 14.10.2024 im Marstall ein öffentlicher Festakt zur Unterzeichnung der Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland stattfindet.

7.2.1. Finanzbericht

Bürgermeister Boege verliest den Finanzbericht. Der Finanzbericht Nr. 13/2024 ist dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

8. Verabschiedung eines Stadtverordneten

Bürgervorsteher Stukenberg merkt an, dass auf der Tagesordnung steht „Verabschiedung eines Stadtverordneten“ jedoch heute tatsächlich zwei Verabschiedungen stattfinden werden.

Herr Christian Schmidt hat aufgrund eines Wohnortwechsels sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt. Bürgervorsteher Stukenberg bedankt sich im Namen der Selbstverwaltung bei Herrn Schmidt für sein kommunalpolitisches Engagement, insbesondere als Stadtverordneter und als langjähriges Mitglied

im Umweltausschuss. Als passionierter Umweltpolitiker war er viele Jahre der Vorsitzende des Umweltausschusses.

Bürgermeister Stukenberg wünscht Herrn Schmidt alles Gute für seine Zukunft in Großhansdorf und übergibt ihm 2 Gläser.

Herr Schmidt bedankt sich mit persönlichen Worten. Seine Ausführungen sind dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Weiterhin hat Herr Felix Gläveke aufgrund eines Wohnortwechsels sein Mandat als Stadtverordneter zum 01.10.2024 niedergelegt. Bürgermeister Stukenberg bedankt sich im Namen der Selbstverwaltung bei Herrn Gläveke für sein kommunalpolitisches Engagement und bedauert, dass damit das jüngste Mitglied die Stadtverordnetenversammlung verlässt.

Bürgermeister Stukenberg wünscht Herrn Gläveke alles Gute für seine Zukunft und übergibt ihm einen Blumenstrauß.

Herr Gläveke bedankt sich für das schöne Jahr und sagt, er habe sehr viel gelernt in dieser Zeit.

2024/072

9. Nachrücken einer Stadtverordneten

Gemäß § 44 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz in Verbindung mit § 67 Gemeinde- und Kreiswahlordnung rückt für den über die Liste der Partei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Kommunalwahl am 14.05.2023 gewählten Stadtverordneten, Herrn Christian Schmidt, die nächste Listenbewerberin, Frau Susanne Lohmann, nach.

Frau Lohmann wird von Bürgermeister Stukenberg in ihr Amt eingeführt und per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet.

10. Antrag auf Umbesetzungen von Ausschüssen der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag AN/036/2024 auf Umbesetzungen von Ausschüssen der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN.

Im Antrag befindet sich ein Fehler beim Umweltausschuss. Dieser wird wie folgt berichtet:

Umweltausschuss

Neu: Elke Dullweber (stellv. Vorsitz)

Alt: Christian Schmidt (stellv. Vorsitz)

Bürgermeister Stukenberg lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

11. Sondervermögen der Stadt Ahrensburg für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, Ortswehr Ahrensfelde, Einnahme-Ausgabeplan für 2025/2026

Stadtverordneter Levenhagen von der CDU-Fraktion hält einen Sachvortrag. Er führt aus, dass es um einen Ausgabe- und Einnahmeplan der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, Ortswehr Ahrensfelde, für 2025/2026 geht. 2025 geht es um eine Summe von 14.000€ und 2026 um 15.000€. Die Mitgliederversammlung habe bereits zugestimmt und auch im Hauptausschuss war es ein einstimmiger Beschluss.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Dem beigefügten Einnahme-Ausgabeplan für 2025/2026 wird zugestimmt (Anlage).

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

2024/053

**12. Niederdeutsche Bühne Ahrensburg
- Zuwendung zum 90. Jubiläum in 2025**

Stadtverordneter Schubbert- von Hobe von der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN hält einen Sachvortrag. Er erläutert, dass die Niederdeutsche Bühne 90 Jahre alt wird und dies gebührend feiern möchte.

Er führt aus, dass niederdeutsch in dieser Gegend die Amts- und Verkehrssprache und Schriftsprache in der Hanse war. Heute merke man dies nur noch sehr rudimentär. Es könne kaum noch einer fließend niederdeutsch sprechen. Um die Sprache zu fördern ist die Niederdeutsche Bühne auf die Idee gekommen den Geburtstag als Werbemaßnahme zu nutzen. Der Bildungs-, Kultur-, und Sportausschuss habe einstimmig die 2.900€ bewilligt.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Für die Durchführung der Jubiläumsfeier „90 Jahre Niederdeutsche Bühne Ahrensburg“ in 2025 wird dem Verein Stormarner Speeldeel e.V. eine Zuwendung in Höhe von 2.900 € gewährt. Die Mittel werden im Haushalt 2025 unter dem PSK 28105.5318000 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen

13. 5. Änderung der Stadtverordnung über Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Ahrensburg (Parkgebührenverordnung)

Stadtverordneter Kubczig von der SPD-Fraktion hält einen Sachvortrag. Er erklärt, dass es um die Parkscheinautomaten geht, die in der Hamburger-Straße zwischen der AOK-Kreuzung und dem Rondeel standen.

Durch die Umbaumaßnahmen wurde provisorisch die Möglichkeit zum Parken mit einer Parkscheibe für 3 Stunden eingeführt. Dies stellt eine Ungleichbehandlung zu den übrigen Parkmöglichkeiten dar, bei denen nur mit Parkschein geparkt werden darf. Außerdem führt dies zu erhöhtem Suchverkehr.

Entsprechend sollen die 3 dort abgebauten Parkscheinautomaten, in der Hamburger-Straße, wiederaufgestellt werden. Diese werden aufgerüstet mit Solar, damit das Provisorium nicht wieder durch Erdarbeiten aufgerissen werden muss. Danach wäre der alte Zustand (was die Parkscheinautomaten betrifft) dort wiederhergestellt und der Bau- und Planungsausschuss hat der Vorlage einstimmig zugestimmt.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die als **Anlage 1** beigefügte 5. Änderung der Stadtverordnung über Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Ahrensburg (Parkgebührenverordnung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

14. EU-Umgebungslärmrichtlinie 4. Stufe - Beschluss der Lärmaktionsplanung

Stadtverordneter Dr. Köpke von der WAB-Fraktion hält einen Sachvortrag und führt aus, dass die Lärmaktionsplanung sehr ambitioniert war und einige neue Elemente beinhaltet hat. Unter anderem eine sehr starke Bürgerbeteiligung in Form von einer Fragebogenaktion, einem Workshop und im Juni die Offenlegung.

Im Bau- und Planungsausschuss ist die Lärmaktionsplanung vorbesprochen worden und es wurden einige Empfehlungen abgegeben. Der federführende Umweltausschuss ist diesen Empfehlungen im Wesentlichen gefolgt.

In einem Punkt gibt es noch Bedenken und hier wurde die Verwaltung gebeten, darauf zu achten. Es wurde die Ausweitung der ruhigen Gebiete, insbesondere am Kornkamp, gefordert. Dies könne jedoch auch die Entwicklung neuer Gewerbegebiete verhindern. Die Diskussion hierzu habe kein eindeutiges Ergebnis gehabt. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Erweiterung der ruhigen Gebiete im Kornkamp negativen Einfluss haben kann.

Zudem sollen Tempo 30-Zonen vermehrt ausgewiesen werden. Vor den Schulen ist die Aktion schon abgeschlossen. Um weitere Ausweisungen für Tempo 30-Zonen könnten die Schulen jedoch noch bitten.

Bemängelt wurde die Verkehrszählung, da man auf Zahlen des Landes Schleswig-Holstein zurückgreifen musste. Es wird hierzu einen Antrag von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN geben, um die Verkehrszählungen bei der nächsten Lärmaktionsplanung auf eine bessere Grundlage stellen zu können. Dies soll durch mobile Verkehrszählungsgeräte passieren, damit man die Auszählung korrekter bewerten kann.

Zusätzlich sei wichtig zu erwähnen, dass nicht nur der allgemeine Verkehrslärm gemessen worden ist, sondern auch individuelle Störfaktoren (z.B. ein Hubbel in der Hamburger-Straße). Diese sogenannten individuellen Störfaktoren müssen benannt und möglichst beseitigt werden.

Der Umweltausschuss plant zudem noch ein Follow-Up vorzunehmen, um transparent machen zu können, was getan wird. Der Umweltausschuss hat der Lärmaktionsplanung mit den vorgenannten Maßgaben zugestimmt.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Lärmaktionsplanung der Stadt Ahrensburg zur Offenlage (4.

Stufe, 2024) in der Fassung vom 06.08.2024 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

2024/056

15. Finanzierung der Kindertageseinrichtungen ab 01.01.2025

Stadtverordnete Bernhardt von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hält einen Sachvortrag und teilt mit, dass die Stadt Ahrensburg und der Sozialausschuss darauf vertraut haben, dass die Kitareform eine weitere finanzielle Beteiligung der Kommunen ab dem 1.1.2025 nur im Rahmen der Wohngemeindeanteile sowie für über die Standardqualität hinausgehende, freiwillige Leistungen vorsieht.

Im Sommer habe jedoch das Land ein sogenanntes Vorschaltgesetz erlassen. Die Finanzierung soll danach nicht wie im ursprünglichen Kitagesetz erfolgen. Vielmehr sollen die Kommunen weiterhin das Finanzierungsmodell des sogenannten Übergangszeitraums beibehalten. Dieser Übergangszeitraum wurde im sogenannten Vorschaltgesetz auf den 31.12.2030 verlängert. Derzeit wird seitens des Landes an dem Kitagesetz gearbeitet. Es soll ab Januar 2025 in Kraft treten. Bislang sind allerdings nur einzelne Aspekte des geplanten Gesetzes bekannt.

Offenbar scheint das derzeitige Finanzierungssystem des Übergangszeitraums als Zielsystem verankert zu werden. Diese Situation führt zu großer Verunsicherung der Ahrensburger Träger. Sie brauchen die Zusage, ihr Personal weiter halten und finanzieren zu können. Auch den Kommunen und somit auch der Ahrensburger Verwaltung ist unklar, ob die Finanzierungslücke (120.000.000 € im Land Schleswig-Holstein) weiterhin vorrangig von den Kommunen gezahlt werden muss. Vor diesem Hintergrund hat der Sozialausschuss einstimmig beschlossen, die weitere Finanzierung aller Ahrensburger Kindertagesstätten und die bestehenden Finanzierungsvereinbarungen bis zum 31.7.2025 zu verlängern. Zu diesem Vorgehen sah der Sozialausschuss leider keine Alternative.

Der Sozialausschuss habe der Vorlage einstimmig zugestimmt.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion führt aus, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen wird und diese gut findet.

Er fügt an, dass er, in der ganzen Zeit, in der er sich mit diesem Thema

„Kitagesetz“ beschäftigt hat, sowas noch nicht erlebt hat. Man habe sich bereits mit dem Thema “Wie betreuen wir die Schüler im Nachmittagsbereich” intensiv auseinandergesetzt und es wurde ein Wechsel auf ein komplett neues System der offenen Ganztagschule umgesetzt, wofür es keine Vorgaben gab. Man habe sich beispielsweise im Alleingang Qualitätskriterien erarbeitet, weil es vom Land hierzu keine Vorgaben gab. Zudem wurde vor vielen Jahren die Hortbetreuung, also eine Nachmittagsbetreuung im Schulbereich im Alleingang eingeführt. Auch die Krippen habe man hinbekommen, unglaublichen Personalmangel gemanagt und neue Einrichtungen gebaut.

Dass man jetzt bei einer banalen, technischen Frage wie der Kitafinanzierung vom Land derart grotesk hängen gelassen wird, sei ihm noch nicht untergekommen. Dies habe seiner Meinung nach nichts mit einem inhaltlichen Streit zu tun, sondern handwerklichem Handeln. Er findet es peinlich wie alle Kommunen im Land hierbei „im Regen stehen gelassen“ werden.

In diesem Zusammenhang erinnert er an die Haushaltsberatungen, denn man konnte sich gar nicht dieser Frage stellen, was dies für den städtischen Haushalt bedeutet. Er bittet auch daran zu denken, dass es Auswirkungen auf den Stellenplan hatte. Als es hieß, dass die Zuständigkeit zum Kreis wechselt, habe man angefangen in Ahrensburg die entsprechenden Stellen zu reduzieren. Nun stellt sich heraus, dass mutmaßlich doch alles in kommunaler Zuständigkeit bleibt und das zu einem Zeitpunkt, zu dem man bereits personelle Konsequenzen gezogen habe.

Er findet es verrückt, dass sie heute dazu gezwungen seien einen solchen „Vorratsbeschluss“ zu fassen.

Es ergeben sich keine weiteren Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Zur weiteren Finanzierung aller Ahrensburger Kindertageseinrichtungen werden die bestehenden Finanzierungsvereinbarungen, die zum 31.12.2024 auslaufen, bis zum 31.07.2025 (Ende des Kindergartenjahres 2024/2025) verlängert.
2. Die Kündigungen der Finanzierungsvereinbarungen gegenüber der AWO Soziale Dienstleistungen gGmbH, dem DRK Kreisverband Stormarn e. V. sowie der Lebenshilfewerk Stormarn gGmbH zum 31.12.2024 werden zurückgenommen. Es werden neue Kündigungen gegenüber diesen Trägern zum 31.07.2025 ausgesprochen.
3. Die zusätzlichen Qualitätsmittel, die die Träger auf der Grundlage des Beschlusses des Sozialausschusses vom 08.12.2020 (Vorlage 2020/137) erhalten, werden bis zum 31.07.2025 gewährt. Die

Abrechnung der Mittel sowie der gegebenenfalls aus den vergangenen Jahren nicht genutzten Mittel soll bis zum 31.10.2025 erfolgen.

4. Die Gesamtkosten für die Kinderbetreuung in Ahrensburg belaufen sich für den Zeitraum 01.01.2025 bis 31.07.2025 auf ca. 10,55 Mio. Euro. Für den Haushaltsansatz 2025 werden diese Kosten auf das Gesamtjahr hochgerechnet und in den einzelnen Produktsachkonten zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

2024/059

- 16. Aufhebung der Satzung zur Erhebung von Wochenmarktgebühren (Standgelder) in der Stadt Ahrensburg**

--- abgesetzt ---

Siehe Top 4 "Festsetzung der Tagesordnung".

2024/071

- 17. Organisationsangelegenheiten – Anpassung der Aufbauorganisation der Stadtverwaltung**

Stadtverordneter Levenhagen von der CDU-Fraktion hält einen Sachvortrag. Er erklärt, dass es sich hierbei um eine Kenntnisnahme bezüglich der Einrichtung einer Stelle in der Stabsstelle handelt.

Die Stelle soll sich um die Feuerwehrangelegenheiten der Stadt Ahrensburg kümmern. Diese Aufbauorganisation besteht bereits zur Probe und sie habe sich bewährt.

Er erläutert, dass diese Vorlage im Hauptausschuss nicht öffentlich behandelt wurde und es eine rege Diskussion hierzu gab. Er stellt voran, dass es wichtig ist, dass diese Aufbauorganisation im Hauptausschuss

durchgegangen ist. Sie hätte mit einer 2/3 Mehrheit abgelehnt werden können.

Er bittet darum, diese Kenntnisnahme so zu billigen. Wenn man dies nicht täte, würden in Folge dessen alle Zuständigkeiten wieder zurück gehen. Er sagt, dass dies zum Schaden von Ahrensburg und insbesondere der Freiwilligen Feuerwehr wäre.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg verliest die Kenntnisnahme. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Aufbauorganisation zur Kenntnis.

2024/051

18. Beschluss über die Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Stadt Ahrensburg (Erschließungsbeitragssatzung)

Stadtverordneter Kubczig von der SPD-Fraktion hält einen Sachvortrag. Er führt aus, dass es nach dem Baugesetzbuch verpflichtend ist Erschließungsbeiträge zu erheben. Die Ausbaubeiträge hingegen sind von der Stadtverordnetenversammlung vor einigen Jahren abgeschafft worden.

Die Erschließungsbeiträge werden in der Regel über sogenannte Erschließungsverträge erhoben. Für die Fälle, in denen es nicht über Verträge läuft, braucht es eine Satzung als Erhebungsgrundlage. Es ist zudem gesetzlich vorgeschrieben, dass Satzungen nach einer Laufzeit von 20 Jahren zu erneuern sind. Die alte Satzung sei somit im Januar 2021 abgelaufen.

Entsprechend wird jetzt rückwirkend eine neue Satzung veranlasst. Die neue Satzung enthält viele Änderungen und wurde mit einem Rechtsgutachten geprüft. Die wesentlichste Änderung in der neuen Satzung ergibt sich in § 9. Danach sind Grundstücke, die durch mehrere Erschließungsanlagen erschlossen werden, zu jeder dieser Anlagen beitragspflichtig – in reinen Wohngebieten jedoch nur zu 2/3.

Die Satzung tritt rückwirkend in Kraft. Dies wäre rechtlich nicht zwingend notwendig, aber es ändert auch nichts an der Tatsache, dass die Festsetzung der Erschließungsbeiträge sowieso erst mit Wirkung einer neuen Satzung erhoben werden können. Es sei lediglich eine Frage des Stils, ob man in der Zwischenzeit eine satzungsfreie Zeit habe oder nicht.

Der Bau- und Planungsausschuss hat der Vorlage einstimmig zugestimmt.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Stadt Ahrensburg (Erschließungsbeitragssatzung) in der beigefügten Fassung (**Anlage 1**) wird beschlossen. Sie tritt rückwirkend zum 02.01.2021 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

2024/061

19. **Widmung von öffentlichen Flächen und Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung** Erlass einer **11.**

--- abgesetzt ---

Siehe Top 4 „Festsetzung der Tagesordnung“.

2024/066

20. **Unterbringung von wohnungslosen Personen
Verlängerung des Mietvertrages Am Weinberg 6 ab 01.07.2025**

Stadtverordnete Bernhardt von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hält einen Sachvortrag. Sie erklärt, dass dieses Gebäude mit 14 Wohneinheiten in erster Linie für die Unterbringung von alleinstehenden Frauen, Müttern mit

Kind sowie auch im unteren Bereich für gehbehinderte Menschen genutzt wird.

Die Stadt Ahrensburg mietet dieses Gebäude seit 2004 und der Mietvertrag regelte eine 10-jährige Dauer und eine Option auf zwei Verlängerungen des Vertrages um jeweils 10 Jahre.

Sie erläutert, dass die städtische Obdachlosenbehörde, insbesondere für den genannten Personenkreis, kaum anderen geeigneten Wohnraum zur Verfügung stellen könne.

Der Sozialausschuss hat dem Vorhaben einstimmig zugestimmt.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Ahrensburg mietet für weitere zehn Jahre, beginnend ab 01.07.2025, das Gebäude Am Weinberg 6 mit 14 Schlichtwohnungen für aktuell jährlich 70.886,16 € an, um dort wohnungslose Personen unterzubringen.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

2024/067

21. Unterbringung von geflüchteten Menschen Erweiterung der Unterkunft Kornkamp 17 a - e

Stadtverordnete Bernhardt von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hält einen Sachvortrag. Sie teilt mit, dass am Standort Kornkamp 17 a-e zwei weitere Containermodule für jeweils 25 Personen errichtet werden sollen. Hierfür sollen Mittel in Höhe von ca. 1,3 Millionen Euro für den Ankauf und die Errichtung einschließlich der Erschließung und Ausstattung bereitgestellt werden.

Sie führt weiter aus, dass dieses Vorhaben auf der gesetzlichen Verpflichtung basiert. Den zugewiesenen Flüchtigen sind Unterkunftsmöglichkeiten zu gewährleisten. Die Anzahl der Unterkünfte reicht angesichts neuer und

steigender Zuweisungen nicht aus.

Im Jahr 2021 gab es 67 Zuweisungen, in 2022 bereits 183 Zuweisungen und in 2023 gab es 172 Zuweisungen von geflüchteten Personen. Die Prognose für 2024 sieht vor, dass es nochmal weitere 170 Zuweisungen geben wird.

Sie ergänzt, dass die Erweiterung der Anlage im Kornkamp mit zwei weiteren Containern insgesamt 50 zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten schafft. Angesichts der Dringlichkeit und aufgrund verschiedener Kriterien wird diese Erweiterung der Containeranlage als beste Option angesehen.

Zu den Kriterien zählen die Verfügbarkeit der Fläche, der Grad der Erschließung, die Bauform- und -ausführung, Lieferfristen sowie die Kapazitäten zur Umsetzung der Maßnahme innerhalb der Verwaltung.

Der Sozialausschuss habe die Kosten und die Sozialverträglichkeit des Projektes diskutiert. Nach Meinung einiger Ausschussmitglieder sollte für Unterkünfte das Modell des Ahrensburger Holzhauses umgesetzt werden und eine dezentrale Standortlage mit gutem Zugang zur Infrastruktur gewährt werden.

Angesichts der dringlichen Situation habe der Sozialausschuss jedoch keine Alternative zur Errichtung der Containermodule am Kornkamp gesehen. Somit hat der Sozialausschuss der Vorlage mit 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (SPD) zugestimmt.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion betont, dass die SPD-Fraktion der heutigen Vorlage nicht zustimmen wird. Er erklärt, dass man bereits vor einigen Jahren – als die Containeranlage ins Gespräch kam und letztendlich gebaut wurde – gegen die Errichtung dieser gestimmt hatte. Man war nicht davon überzeugt, dass diese Art der Unterbringung zukunftssträftig ist. Bereits damals habe man vorhergesehen, dass dieses „Provisorium“ für lange Zeit bestehen bleibe.

Bei der Unterkunft von geflüchteten Menschen und Asylbewerbern habe man immer wieder erlebt, dass diese, eigentlich nur für einen kurzen Zeitraum geplante, Unterkunft zu einem Dauerzustand wird. Geplant und konzipiert seien diese Containeranlagen eigentlich für die Unterkunft von wenigen Wochen. Die Realität sei jedoch, dass die Menschen dort teilweise viele Jahre wohnen. Er sagt, dass diese Unterkünfte dafür einfach nicht geeignet seien.

Als die Anlage damals gebaut wurde haben sich diese Befürchtungen bewahrheitet. Es habe ihn nicht überrascht, dass es in diesem Gebiet der Containeranlage entsprechende negative Vorkommnisse gab. Man habe die Menschen gefragt, die die Geflüchteten in den Containeranlagen betreuen, wie sie die Situation vor Ort einschätzen und die Antwort habe sie ebenfalls nicht überrascht.

Letztendlich hatte man auch relevante und ernst zu nehmende Probleme in der Anlage, die aus der Situation der intensiven Wohnnutzung herrühren. Diese haben sogar zu einer Ortsbegehung des Sozialausschusses geführt.

Man verstehe in der Fraktion die Sorgen und Nöte in der Unterbringung jedoch war und ist man der Meinung, dass man mit einer Anlage dieser Art mittel- bis langfristig mehr Probleme schafft als man löst. Entsprechend habe

man schon damals bei der Entscheidung zur Errichtung dieser Containeranlage gesagt, dass es wichtig sei im Sinne des Ahrensburger Konzepts unmittelbar nach weiteren dezentralen Standorten zu suchen in denen dann das Ahrensburger Holzhaus errichtet werden kann. So hätte man für eine bessere dezentrale Unterbringung sorgen können. Dies sei in den letzten Jahren nicht im ausreichendem Maße geschehen und im Ergebnis habe man nun wieder Zeitdruck und im Ergebnis führt dies zu einer Erweiterung der Containeranlage an einem bereits extrem belasteten Standort. Diese Entscheidung wird die SPD-Fraktion nicht mittragen.

Stadtverordneter Siller von der Fraktion CDU erklärt, dass die CDU-Fraktion der Vorlage zugestimmt habe. Dieses Vorhaben, dass mit rund 1,3 Millionen Euro zu Buche schlagen soll, belaste den ohnehin schon strapazierten Haushalt sehr. Er sagt, dass zusätzlich zum engagierten Einsatz der Verwaltung und darüber hinaus durch ehrenamtliche Vereine (z.B. Freundeskreis für Flüchtlinge und Netzwerk Migration und Integration) und viele Privatpersonen ein sehr großer Beitrag zur Integration geleistet wird. Er dankt allen für ihr großes Engagement.

Man sollte aber auch bedenken, dass durch eine Erhöhung der Anzahl der Bewohner am Kornkamp die Gefahr für Konflikte in der Einrichtung steigen kann. Eine dezentrale Unterbringung, wie es Ahrensburg bisher erfolgreich bewältigt habe, wird einerseits an dem kurzfristigen Bedarf und andererseits an den fehlenden, verfügbaren Wohnungen scheitern. Zukünftig sollte man jedoch die dezentrale Unterbringung unbedingt wieder beachten.

Stadtverordnete Schmick von der WAB-Fraktion findet den Standort Kornkamp nicht glücklich für weitere Container. Sie lebt in diesem Stadtteil und sie kennt einige Häuserblöcke in denen viele Geflüchtete untergebracht sind und es gäbe dort viele Probleme. Sie findet, dass der Stadtteil Gartenholz zu stark belastet wird. Sie gibt an, dass sie gegen die Vorlage stimmen wird.

Stadtverordneter Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion ist überrascht über die Diskussion und das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion. Er sagt, dass natürlich alle lieber eine dezentrale Unterbringung hätten mit mehr Integrationsmöglichkeiten. Man führe eine Migrations- und Integrationsdebatte nicht nur in dieser Stadt, sondern in ganz Deutschland. Man habe die Verpflichtung, diejenigen die zu uns gekommen sind unterzubringen. Da diese Anzahl extrem gestiegen ist in den letzten Jahren besteht die Pflicht für die Stadt das zu tun was angesagt ist. Nämlich dafür zu sorgen, dass die zusätzlichen Menschen untergebracht werden können. Die Finanzierungsfrage dabei sei zwischen dem Land, den Kommunen und den kommunalen Landesverbänden ausverhandelt. Es gibt pro zugewiesenen Flüchtling eine bestimmte Summe für die Herrichtung der entsprechenden Unterkünfte, die sogenannte Herrichtungspauschale. Diese Pauschale wird aus Bundes- und Landesmitteln gleichförmig gespeist. Demnach findet er es an dieser Stelle sicherlich wünschenswert die Dinge anders zu machen, aber eine Alternative hierzu habe die SPD-Fraktion nicht vorgebracht. Er findet, diese Vorlage ohne eine Alternative abzulehnen, versündigt sich an denen die bei uns Schutz suchen und untergebracht werden müssen. Er sagt, dass die

FDP-Fraktion der Vorlage zustimmen wird.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion betont nochmals, dass man bereits damals vehement darauf bestanden habe, dass die Containeranlage seinerseits nur aufgrund von Zeitdruck gebaut wurde und, dass diese Situation kein zweites Mal passieren sollte. Nach der Errichtung der Containeranlage sollte die Zeit genutzt und nach Alternativen gesucht werden. Dies sei nicht passiert und somit „spielt man kein zweites Mal mit“ seitens der SPD-Fraktion.

Stadtverordnete Schmick von der WAB-Fraktion erläutert, dass niemand etwas gegen die Flüchtlinge hat, sondern lediglich gegen die Lage der Unterkünfte. Sie sagt, dass man auch über andere Flächen nachgedacht habe und der Kornkamp hier der schnellste und einfachste Weg der Unterbringung sei. Sie findet, dass es für die Menschen, die dort leben sollen, nicht das Beste ist. Diese Menschen würden besser integriert werden, wenn sie in einem Holzhaus in einem Wohngebiet untergebracht werden würden. Im Kornkamp seien die Unterkünfte „weit ab vom Schuss“ und man habe nur den nahegelegenen Bahnhof. Sie hält eine gute Integration an diesem Standort für unwahrscheinlich.

Stadtverordneter Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion stimmt zu, dass es schönere Möglichkeiten der Unterbringung gibt - im Hinblick auf die Integration - als in Containern auf einem Sammelplatz. Man dürfe jedoch nicht die Augen verschließen vor der Lage vor der man stehe. Im gesamten Land stehe man vor der Lage, dass die Kommunen Zuweisungen von Schutzsuchenden erhalten mit denen sie insgesamt nicht mehr fertig werden. Diese Problematik bestehe nicht nur in Ahrensburg, sondern in allen Kommunen. Jetzt zu sagen, dass man die Anlage am Kornkamp nicht erweitert sorgt nur dafür, dass 50 Schutzsuchende dann nicht untergebracht werden können.

Er findet, wenn die SPD-Fraktion so lange auf eine Alternative zur Unterbringung von Flüchtlingen gewartet habe hätte sie auch selbst nach einer Alternative schauen und diese vorschlagen können.

Er sagt, dass er persönlich keine Alternative zum Standort Kornkamp habe und jetzt gehandelt werden müsse. Es bleibt aus seiner Sicht keine andere Möglichkeit übrig als dieser Vorlage zuzustimmen.

Er weist darauf hin, dass in den kommenden Tagen im Landtag eine große Migrationsdebatte geführt wird. Dort sei er einer von denjenigen, die sehr intensiv darum werben, dass man eine sehr viel konsequentere Migrationspolitik macht und diejenigen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind auch aus dem Land wieder in ihre Heimatländer zurückführt. Er setze sich für eine viel stärkere Integration in den Arbeitsmarkt und für vieles andere mehr ein, aber er ist auch dafür das man seiner humanitären Pflicht gerecht wird und die Leute die jetzt hier im Land sind, nicht in einer Erstaufnahmeeinrichtung lässt, sondern sie wenigstens in kleinen anderen Einheiten unterbringt wie in Ahrensburg z.B. in der Containeranlage am Kornkamp.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Am Standort Kornkamp 17 a - e werden zwei weitere Containermodule für je 25 Personen errichtet. Dafür werden Mittel in Höhe von ca. 1,3 Mio. € für den Ankauf und die Errichtung einschl. Erschließung und Ausstattung bereitgestellt. Haushaltstechnisch werden die Mittel in 2025 mit einer VE zu Lasten des Haushaltsjahres 2026 dargestellt, und in 2026 wird der Betrag als Haushaltsansatz angemeldet. Zusätzlich werden in 2025 25.000 € für Plan- und Gutachterkosten bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

22	dafür
7	dagegen
/	Enthaltung(en)

2024/068

22. Bericht über geleistete über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 1. Halbjahr 2024 gem. § 82 GO

Die Stadtverordneten verzichten einvernehmlich auf einen Sachvortrag.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Die Stadtverordneten nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Bürgermeister Stukenberg lädt alle Anwesenden zur kommenden Einwohnerversammlung am 30.09.2024 in den Marstall ein.

Bürgermeister Stukenberg schließt die Sitzung um 20:43 Uhr.

Benjamin Stukenberg
Vorsitzender

Peggy Ehrig
Protokollführerin